Aktenzeichen: 4 Cs 84 Js 714



Eingang: 14. Dez. 2015

Erl.am: z.K.| m.B.E.|m.B.R.|z.Z.|

Amtsgericht Pforzheim

Im Namen des Volkes

Urteil

In dem Strafverfahren gegen

geboren am , verheiratet, Beruf: Staatsangehörigkeit: deutsch, wohnhaft:

Verteidiger:

Rechtsanwalt Marc Jüdt, Stumpenallee 2, 76689 Karlsdorf-Neuthard, Gz.: 00062-14/cs

wegen Vergehen der Körperverletzung in zwei Fällen

Das Amtsgericht - Strafrichter - Pforzheim hat in der Sitzung vom 04.11.2015, an der teilgenommen haben:

Richterin am Amtsgericht Dr. Ambs als Vorsitzende

als Vertreter der Staatsanwaltschaft

Rechtsanwalt Jüdt als Verteidiger

JSekr'in Türschmann als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer

Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je EUR

verurteilt.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Angewendete Vorschriften:

§§ 223, 230 StGB

Gründe:

I.

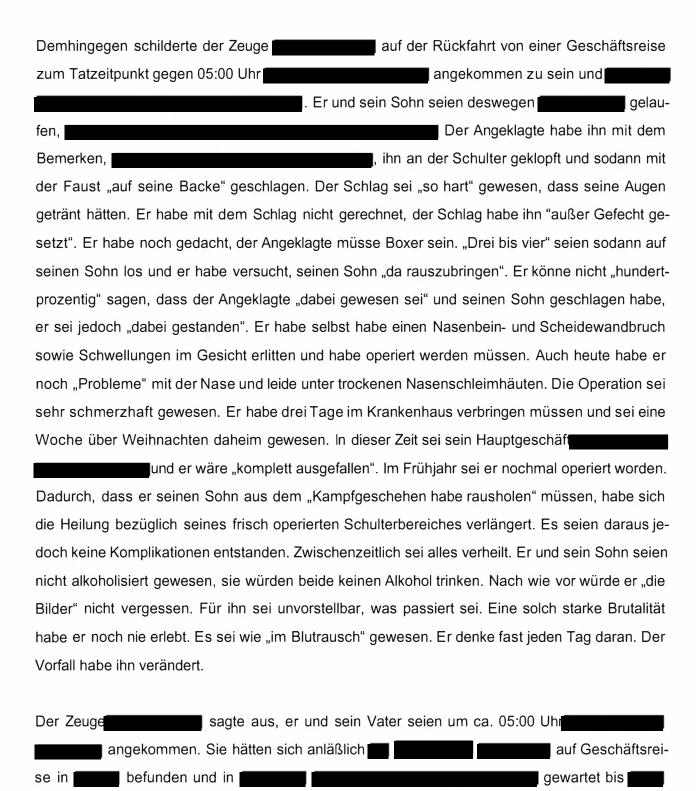
Der verheiratete Angeklagte wurde am immer in	
te lebt zusammen mit seiner Ehefrau und Kindern.	
Im Bundeszentralregisterauszug befindet sich folgende Eintragung:	
.2014, Amtsgericht Pforzheim	4.
Körperverletzung, 60 Tagessätze zu je EUR Geldstrafe.	,
Dieser Verurteilung lag folgender Sachverhalt zugrunde:	
"Am 2013 gegen 02:55 Uhr versetzten Sie in	
vor der Gaststätte "dem	
zwei Faustschläge ins Gesicht.	
durch erhebliche Schmerzen und zog sich eine Schädelprellung mit Risswunde infraorbit	
links sowie ein Monokelhämatom links zu. Es wurde ambulante ärztliche Behandlung of forderlich."	er-
Die Strafe aus dem Urteil ist vollstreckt.	
II.	
Am 2013 gegen 04:55 Uhr versetzte der Angeklagte in während einer z	ZU-
nächst verbal geführten Auseinandersetzung	
ohne rechtfertigenden Grund einen Faustschlag ins Gesicht und traf den Geschädigten d	
bei an der Nase, sodass dieser kurzzeitig benommen zu Boden ging und eine Nasenbeinfrakt	ur

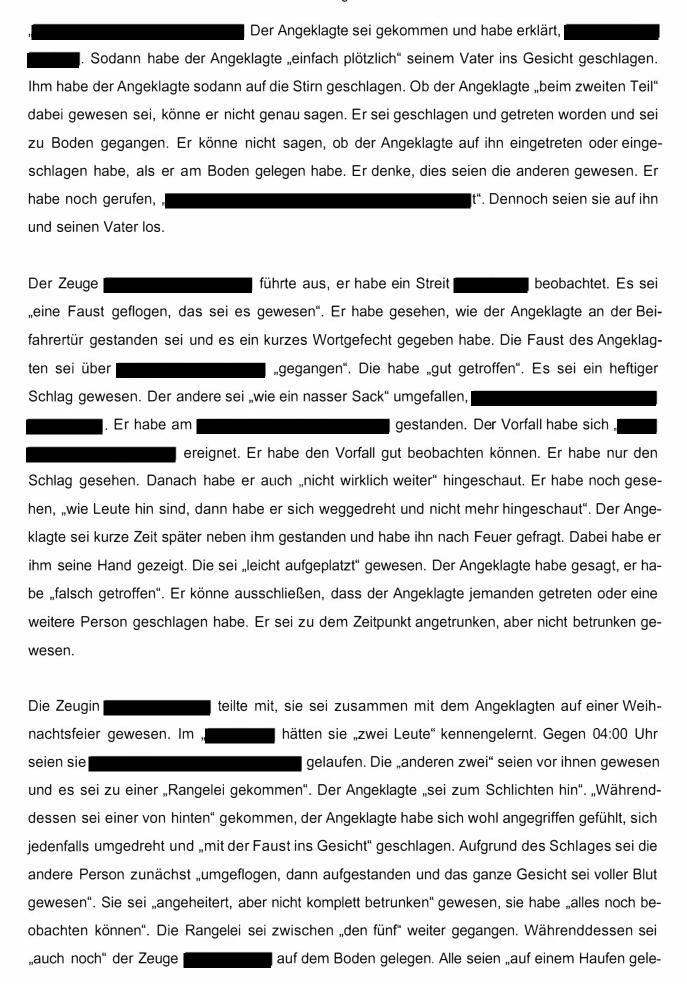
erlitt, die in der Folge mehrfach operativ behandelt werden musste. Nachdem der Sohn des Zeu-

gen in the seinem Vater zu Hilfe zu kom-
men und den Angeklagten mit den Worten ,
aufforderte, weitere Angriffe zu unterlassen, versetzte nicht ausschließbar ein Begleiter des Ange-
klagten dem Zeugen einen Faustschlag gegen die linke Stirnhälfte, weshalb nun-
mehr auch dieser zu Boden ging. In der Folge mischte sich mindestens ein weiterer, der bislang
unbekannten Begleiter des Angeklagten in die Auseinandersetzung ein und schlug im bewussten
und gewollten Zusammenwirken auf den Zeugen
im weiteren Verlauf dem Zeuger zu Hilfe eilen konnte.
III.
Die Festellungen zur Person sowie den persönlichen Verhältnissen des Angeklagen beruhen auf
dessen glaubhaften Angaben. Die Feststellung zu seiner Vorstrafe folgt aus dem Inhalt des
BZR-Auszuges, welchen der Angeklagte als richtig anerkannt hat, und dem Inhalt des zu Beweis-
zwecken verlesenen Urteils. Der Sachverhalt im Übrigen steht zur Überzeugung des Gerichts
fest aufgrund der Einlassung des Angeklagten, soweit sie nicht den Tatvorwurf als solchen betraf,
der Aussagen der uneidlich vernommenen Zeugen
und PHM sowie der einverständlich verlese-
nen ärztlichen Atteste AS 141/142 und 177.
Der Angeklagte bestritt den Tatvorwurf und ließ sich dahingehend ein, an jenem Abend im An-
schluss an eine noch im gewesen zu sein. Dort habe
er zwei Männer kennengelernt, mit denen er sich gut verstanden habe und mit denen er, nach-
dem auch sie in gewohnt gewohnt Zusammen seien sie so-
wie die Zeugin zum gelaufen. Er habe sich, als er am angekommen sei,
mit gestritten, wobei jeder versucht habe, den anderen
". Seine Begleiter seien zu diesem Zeitpunkt "weiter hinten" gewesen. Irgendwann
habe einer seiner Begleiter den Zeugen "angesprungen". Beide seien auf dem Bo-
den gelandet. Er habe sie auseinander ziehen wollen, von rechts sei jedoch eine Person entge-
gen gelaufen. Jemand habe zugerufen "Vorsicht" und "Renn weg", wer das gewesen sei, wisse
er nicht. Demjenigen, der auf ihn zugekommen sei, habe er er "eine gegeben" und mit seinem

Schlag an der Nase getroffen, es sei jedoch nicht gezielt gewesen. Früher habe er Kampfsport,

genauer gesagt Kickboxen, betrieben. Er habe "praktisch aus Reflex" zugeschlagen. Er sei davon ausgegangen, dass ihn die Person "noch habe angreifen wollen". Er sei stehen geblieben, die anderen seien weggerannt. Er aber sei der Meinung gewesen, dass er "nicht schuld" sei und habe deswegen auf die Polizei gewartet. Er selbst sei nicht verletzt worden. An jenem Abend habe er zwar Alkohol getrunken, sei jedoch "nicht richtig voll" gewesen. Dass der Schlag so heftig gewesen sei, tue ihm leid. Das habe er nicht gewollt.





gen", wer was gemacht habe, wisse sie nicht. Sie denke, dass der Angeklagte auch "mitbeteiligt gewesen sei, aber nicht, dass von ihm Schläge ausgegangen seien". Sie könne nicht sagen, "wer wen geschlagen, geschuckt oder getreten habe".

, er habe den Angeklagten, seinen Nachbarn, gerade in dem

Der Zeuge

Augenblick auf der Straßenseite gegenüber gesehen, als auf diesen "ein Mann schnell zugelaufen
sei". Der Angeklagte habe sich umgedreht und dem anderen "einen Schlag gegeben". Er habe
nur auf den Angeklagten geachtet, "es sei alles ok gewesen" und er sei weiter gegangen. Er habe
Mehr könne er nicht sagen.
Der Zeuge PHM schilderte, über Notruf sei gegen 05:00 Uhr mitgeteilt worden, dass ei-
ne Schlägerei im Gange sei. Sie seien mit drei Streifen vorgefahren, vor Ort sei ein
"sehr aggressiver Mann mit blutender Nase" gewesen. Es sei "tumultartig
wesen". Sie hätten versucht, die Situation zu beruhigen und den Sachverhalt zu klären. Danach
seien zurückgekommen und hätten wol-
len. Sie seien "von einem" Mann festgehalten worden, der gerufen habe:
Zeuge habe unvermittelt einen "Schlag ins Gesicht" bekommen, der Zeuge
habe sich eingemischt, um seinem Vater zu Hilfe zu eilen. Auch er habe Schläge ab-
bekommen und zwar nicht nur "von einem Täter, sondern auch von den Flüchtigen". Bei dem An-
geklagten habe es sich um den "Erstangreifer" gehandelt. Ein Alkoholtest habe 1,4 Promille erge-
ben. Daran, ob der Zeuge gesagt habe, der Angeklagte habe auch ihn geschlagen
habe, könne er sich nicht erinnern. Ansonsten hätte er "dieses so dem Kollegen mitgeteilt". Der
Angeklagte sei "der erste
geschlagen. Der Zeuge habe ebenfalls über Schmerzen geklagt.

An der Täterschaft des Angeklagten im festgestellten Umfang bestehen für das Gericht keine Zweifel. Obgleich die Version des Angeklagten, er habe in Befürchtung eines bevorstehenden Angriffs (zu stark) zugeschlagen, durch die Aussagen der Zeugin sowie des Zeugen Bestätigung findet, verwundert zum einen, dass die Beobachtungen ausgerechnet des mit deutlichem Abstand nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens als Zeuge benannten Nachbarn des Angeklagten sich gerade auf den "Höhepunkt" des Geschehens beschränkten und der Zeuge seinen Weg trotzdem fortgesetzt haben will, d.h. zu weiteren Informationen nicht in der Lage ist, zum anderen aber behauptete in Abweichung zum deutlich kürzeren Vorbringen der Zeugin noch nicht einmal der Angeklagte, seine beiden Neubekannten seien vor ihm am Bahnhof

eingetroffen und hätten sich dort sodann "gerangelt", weswegen der Angeklagte um Schlichtung bemüht gewesen wäre.

Keinerlei Anhaltspunkte für eine Falschaussage hingegen bot die Schilderung des Zeugen

I. Obwohl noch immer unter psychischen und physischen Beeinträchtigungen aufgrund der Begegnung mit dem Angeklagten leidend, beschrieb er das Geschehen zwar in deutlicher Fassungslosigkeit, jedoch distanziert, wohl überlegend, vorsichtig im Umfang seiner Belastung und ohne Verfolgungseifer im Übrigen. Dass diese Aussage darüber hinaus nicht nur Bestätigung durch den "neutralen" und in weit aus deutlicherem Maße Abscheu bzgl. des Verhaltens des Angeklagten empfindenden Zeugen sondern auch durch den Zeugen gefunden hat, vermag ihre Glaubhaftigkeit daher lediglich noch unterstreichen. Zwar schrieb auch der Zeuge Angeklagten einen Schlag gegen seine Stirn zu, jedoch konnte dieser Schlag mit der für eine Verurteilung notwendigen Sicherheit nicht nachgewiesen werden, nachdem, insoweit übereinstimmend, der Angeklagte sowie alle anderen Zeugen von lediglich einem Schlag des Angeklagten gesprochen haben, dieser aber zweifelsfrei dem Zeugen gegolten hatte und offensichtlich umgehend nach diesem einen Schlag der "zweite Teil" folgte, in welchem "die anderen auf uns los sind", die Möglichkeit einer (ggf. auch aufregungsbedingten) Verwechslung insoweit nicht ausgeschlossen werden kann.

Dass der Angeklagte jedoch einem drohenden Angriff ausgesetzt war bzw. hätte sich ausgesetzt fühlen können, wird zwar seitens des Angeklagten behauptet, seitens der Zeugin nahe gelegt und seitens des Zeugen immerhin noch angedeutet, war im Hinblick auf die Aussagen der übrigen Zeugen aus den genannten Gründen als Schutzbehauptung zu werten.

IV.

Der Angeklagte hat somit eine andere Person körperlich misshandelt oder an der Gesundheit geschädigt. Es handelt sich hierbei um ein Vergehen der vorsätzlichen Körperverletzung, strafbar gemäß §§ 223 Abs. 1, 230 StGB.

- 9 -

٧.

Bei der Strafzumessung war zunächst vom Strafrahmen des § 223 Abs. 1 StGB, welcher Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren vorsieht, auszugehen.

Zugunsten des Angeklagten waren sein Teilgeständnis, der Zeitablauf, eine sich nach den in der Hauptverhandlung gewonnenen Erkenntnissen indes auf die Schuldfähigkeit des Angeklagten nicht auswirkende alkoholische Enthemmung sowie die seitens des Angeklagten gezeigte Reue zu berücksichtigen. Zu seinen Lasten mussten die abgeurteilte Tat vom gend gezeigte, erhebliche und menschenverachtende Brutaltität des Angeklagten sowie die heute noch bestehenden Auswirkungen seiner Tat bei dem Geschädigten gewertet werden.

Nachdem eine an sich mögliche nachträgliche Gesamtstrafenbildung nicht mehr in Betracht kam, weil die frühere Strafe bereits vollstreckt ist, war ein Härteausgleich vorzunehmen (vgl. *BGH* Beschluss vom 03.06.2015 - 4 StR 176/15).

Unter Abwägung der für und gegen den Angeklagten sprechenden Gesichtspunkte sowie des gebotenen Härteausgleiches erachtete das Gericht daher die Verhängung einer

Geldstrafe von 90 Tagessätzen

für tat-, persönlichkeits- und schuldangemessen.

Die Höhe des einzelnen Tagessatzes war entsprechend der dahingehenden Angaben des Angeklagten gem. § 40 Abs. 2 StGB auf EUR festzusetzen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 Abs. 1 StPO.

Dr. Ambs Richterin am Amtsgericht

Ausgefertigt

Pforzheim, 10.12.2015

Wynendaele

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle